



Informationen zur Belegausgabepflicht

Warum gibt es seit dem 1. Januar 2020 in Deutschland die Belegausgabepflicht und wer ist von ihr betroffen?

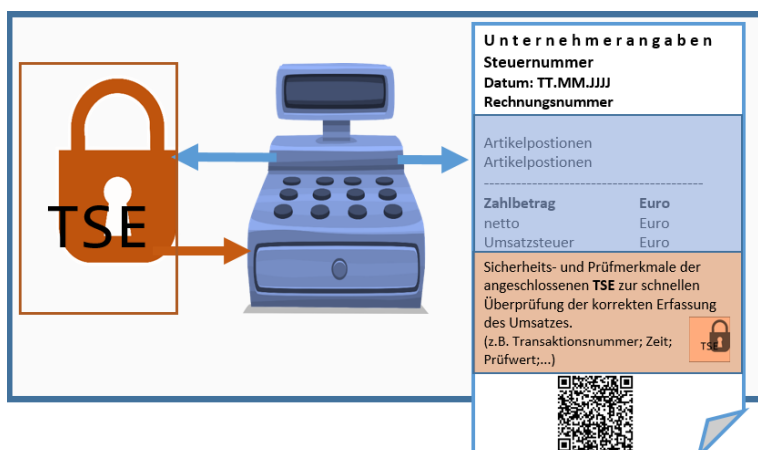
Mit dem Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen vom 22. Dezember 2016 (sog. Kassengesetz) wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, um dem massiven Steuerausfall durch Manipulationen an Kassensystemen wirksam begegnen zu können. Die seit dem 1. Januar 2020 geltende **Belegausgabepflicht** stellt, zusammen mit dem künftig ebenfalls verpflichtenden Einsatz einer **zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE)** in allen PC- und Registrierkassen und dem bereits seit dem 1. Januar 2018 bestehenden Instrument der unangekündigten Kassen-Nachschaufen, ein ganzheitliches Sicherheitskonzept dar.

Verpflichtet zur Belegausgabe sind nur solche Unternehmen, die ein **elektronisches Aufzeichnungssystem mit Kassenfunktion** (PC- und Registrierkassen) in ihrem Unternehmen nutzen. Bei der Führung von Kassenaufzeichnungen ohne elektronische Aufzeichnungssysteme (**offene Ladenkassen**) gibt es keine Belegausgabepflicht. Unternehmerinnen und Unternehmer sind weiterhin frei in ihrer Entscheidung, ob sie Kassenaufzeichnungen mit Hilfe eines elektronischen Aufzeichnungssystems oder händisch führen möchten. Es gibt **keine Registrierkassenpflicht**.

Die den Unternehmen auferlegten Verpflichtungen zielen nicht darauf ab, diese unter den Generalverdacht einer Steuerhinterziehung zu stellen. Ziel ist, unehrlichen Unternehmen den unfairen Geschäfts- und Wettbewerbsvorteil zu nehmen und so zu mehr Steuergerechtigkeit beizutragen.

Welchen Sinn hat die Belegausgabepflicht, wenn Kassensysteme bereits durch eine TSE geschützt werden?

Allein durch den Einsatz der TSE im Kassensystem kann dessen unerkannte Manipulation nicht ausgeschlossen werden. Erst die gleichzeitig mit der Eingabe in die Kasse erfolgende Belegausgabe kann für den Kunden sowie für die Finanzverwaltung leicht erkenn- und nachprüfbar den korrekten Einsatz der TSE sowie das ordnungsgemäße Erfassen des Umsatzes im Kassensystem nachweisen. Ab dem Zeitpunkt des flächendeckenden Einsatzes der TSE sollen Belege hierfür spezielle und schnell prüfbare Sicherheits- und Prüfmerkmale enthalten.



Genügt die Erstellung des Belegs auf Kundenwunsch und wie ist der Beleg zu erstellen?

Aufgrund der Bedeutung des Belegs als Nachweis der korrekten Erfassung des Umsatzes muss er immer im Zeitpunkt der Bezahlung erstellt und dem Kunden zur Verfügung gestellt werden.



Bei einem **Papierbeleg** bedeutet Zurverfügungstellung, dass der Beleg erstellt, ausgedruckt und dem Kunden zur Entgegennahme angeboten wird. Eine Pflicht zur Annahme des Beleges durch den Kunden sowie zur Aufbewahrung besteht nicht. Ebenfalls besteht keine Aufbewahrungspflicht des Belegausstellers für nicht entgegengenommene Papierbelege, diese können sofort entsorgt werden.

Seit dem 1. Januar 2020 ist die Verwendung von bisphenol-A-haltigem Thermopapier in der Europäischen Union faktisch verboten. Umweltfreundliche und insbesondere recycelbare Alternativen zur Erstellung von Papierbelegen sind bereits erhältlich.

Bei einem **elektronischen Beleg** bedeutet Zurverfügungstellung, dass der Beleg in einem standardisierten Datenformat (bspw. JPG, PNG oder PDF) im Kassensystem erstellt und dem Kunden die Entgegennahme ermöglicht wird. Die bloße Sichtbarmachung eines elektronischen Beleges an einem Bildschirm (bspw. Terminal oder Kassendisplay) allein reicht hierfür nicht aus. Es genügt aber, wenn es dem Kunden bspw. durch einen angezeigten **QR-Code** oder durch das Auflegen eines Mobiltelefons auf ein Gerät zur Nahfeldkommunikation (**NFC**) ermöglicht wird, den Beleg direkt entgegenzunehmen. Die für beide Varianten erforderliche Hard- und Software ist am Markt bereits vorhanden und wird auch schon erfolgreich eingesetzt. Alternativ kann der elektronisch erstellte Beleg auf Wunsch des Kunden auch an dessen E-Mail-Adresse oder Kundenkonto übermittelt werden.

Welche Angaben muss der Beleg mindestens enthalten?

Der Beleg muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmens,
- das Datum der Belegausstellung,
- die Menge und Art der gelieferten Gegenstände oder den Umfang und die Art der sonstigen Leistung,
- das Entgelt und den darauf entfallenden Steuerbetrag in einer Summe sowie den anzuwendenden Steuersatz, im Fall einer Steuerbefreiung auch einen Hinweis darauf, dass für die Lieferung oder sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.

Nach dem Einbau der TSE sind zudem folgende Angaben auf dem Beleg erforderlich:

- der Zeitpunkt des Vorgangsbeginns sowie der Zeitpunkt der Vorgangsbeendigung,
- die Transaktionsnummer im Sinne des § 2 Satz 2 Nummer 2 KassenSichV,
- die protokollierte Seriennummer des elektronischen Aufzeichnungssystems oder des Sicherheitsmoduls,
- der Betrag je Zahlungsart,
- der Signaturzähler und der Prüfwert.

Mehr Informationen:

auf der Homepage des
Bundesministeriums der Finanzen:



<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2020-02-18-steuergerechtigkeit-belegpflicht.html;jsessionid=0D86D7060F87B14551163C437DB0007D.delivery1-master>

auf der Homepage der hessischen
Finanzämter:



<https://finanzamt.hessen.de/>